

Drei Tage lang Proteste und Streiks

Anti-Notstandskampagne vor dem Höhepunkt – Frankfurter Uni soll besetzt werden

Mit Kundgebungen und Vorlesungsstreiks — vereinzelt auch mit Arbeitsniederlegungen — wollen Gruppen der außerparlamentarischen Opposition am Montag, Dienstag und Mittwoch gegen die umstrittene Notstandsgesetzgebung zu Felde ziehen, die ab Mittwoch in dritter und letzter Lesung im Bundestag debattiert wird. Die Protestbewegung bezieht zunehmend auch Teile der Gewerkschaften ein.

Die verschiedenen Aktionsausschüsse gegen die Notstandsgesetzgebung riefen Studenten, Arbeiter und Schüler am Wochenende auf, an den Protestaktionen teilzunehmen. Das Kuratorium „Notstand der Demokratie“ veröffentlichte eine Pressemitteilung, in der es hieß, dem Kuratorium lägen Informationen vor, denen zufolge am Montag und Dienstag in Frankfurt, Hamburg, Mannheim, Köln, Bremen, München, Stuttgart, Dortmund, Duisburg und Nürnberg Kundgebungen veranstaltet würden, die mit Arbeitsniederlegungen verbunden seien.

Unter dem Motto „Zwingt Bonn zum Abbruch der Notstandsberatungen“ will die Industriegewerkschaft Druck und Papier am Dienstag in ganz Nordrhein-Westfalen Protestaktionen veranstalten. Wie der Landesbezirk der Gewerk-

schaft am Sonntag mitteilte, sind bisher zwei Kundgebungen am Dienstag um 16 Uhr in Köln und in Düsseldorf festgelegt. Weitere Veranstaltungen seien unter anderem in Hagen und Dortmund geplant.

Schriftsteller, Professoren, Künstler, Publizisten und Verleger sind von dem Aktionskomitee „Demokratie im Notstand“ zu einer Kundgebung im Hessischen Rundfunk in Frankfurt eingeladen worden, die am Dienstag ab 14 Uhr direkt vom Ersten Deutschen Fernsehen übertragen wird.

Mit Streiks und Besetzungen wollen Studenten an zahlreichen Hochschulen der Bundesrepublik und West-Berlins einem Protestaufruf des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS) für den Beginn dieser Woche folgen.

Das aus drei linksgerichteten Studentenverbänden zu-

sammengesetzte Streikkomitee der Frankfurter Universität rief alle „fortschrittlichen Studenten, Assistenten und Professoren“ auf, ab Montag bis einschließlich kommenden Samstag die Universität zu besetzen. Diese Aktion soll die Antwort auf einen Beschluß des Akademischen Senats sein, die Vorlesungen und die akademischen Prüfungsveranstaltungen in diesem Zeitraum ausfallen zu lassen.

Zum Vorlesungsstreik hat auch die in der Bochumer Universität in Permanenz tagende Ruhr-Aktion aufgefordert. Auf einer Aktionskonferenz am Sonntag wurde das Programm für den ersten Streiktag festgelegt, das nach einer nächtlichen Dauerver-sammlung mit Musik abrollen soll.

Danach gehen Montag um 3 Uhr Plakatkleber ans Werk,

um fünf Uhr werden Flugblätter vor den großen Betrieben verteilt, um sieben Uhr besetzen die Studenten der Ruhr-Aktion die Eingänge der Universität; für zehn Uhr sind abermals Aktionen vor den Betrieben geplant, und um 10.30 Uhr findet eine Schülerdemonstration vor dem Bochumer Hauptbahnhof statt, zu dem die Sprecher der höheren Schule aufgerufen haben. „Am Nachmittag wird improvisiert, da die Reaktionen auf die Streikaufrufe noch nicht abzusehen sind“, hieß es.

Der Bochumer SPD-Bundestagsabgeordnete Liedtke erklärte der WAZ, allein aus einem großen Bochumer Betrieb seien ihm die Unterschriften von 1200 Notstandsgegnern zugegangen.

Vier der am vergangenen Mittwoch in den Hungerstreik getretenen Mainzer Studenten mußten in der Nacht zum Sonntag auf dringendes Anraten der sie beobachtenden Ärzte ihre Protestaktion gegen die Notstandsgesetze abbrechen. Bei einem der jungen Leute besteht akuter Verdacht auf Lungenentzündung.

Der Bundesverband der deutschen Jungdemokraten hat am Sonntag den DGB, die im Bundestag vertretenen Parteien und die Reservisten der Bundeswehr zur Verhinderung der Notstandsgesetze aufgerufen. Die Reservisten der Bundeswehr wurden aufgefordert, umgehend ihre Wehrpässe zurückzusenden, da sie ihren Eid auf das bestehende Grundgesetz und nicht auf die geplante „antidemokratische Notstandsverfassung“ geleistet hätten.